

1. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 04.11.2011
– Öffentliche Sitzung –

Herr Vizepräsident Dr. Braun eröffnet die konstituierende Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Die Enquete-Kommission kommt einstimmig überein, dass die Sachverständige Frau Valentina Kerst via Skype zur Sitzung zugeschaltet wird.

Herr Vizepräsident Dr. Braun merkt an, es sei ein Novum im Landtag, dass eine Anzuhörende via Skype zugeschaltet werde. Er freue sich, dass gerade diese Enquete-Kommission die technischen Möglichkeiten nutze.

Die Arbeit dieser Enquete-Kommission sei für die nächsten Jahre sehr wichtig, weshalb er sich freue, dass sie sich so zügig konstituiert habe. Im Landtag wolle man die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Entscheidungsfindungen einbinden. Konkret müsse man darüber reden, wie die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungen tatsächlich mit treffen könnten, sodass es zu keiner Pseudoeinbindung komme. Deshalb sei es sehr wichtig, dass die Enquete-Kommission relativ frühzeitig erste Ergebnisse vorlege. Im Landtag freue man sich darauf, davon Kenntnis zu nehmen und mit der Umsetzung beginnen zu können.

Im weiteren Verlauf der Sitzung verliest **Herr Vizepräsident Dr. Braun** die Namen der in die Enquete-Kommission berufenen Mitglieder und Ersatzmitglieder.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Wahl einer/eines Vorsitzenden und einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden

Herr Abg. Haller schlägt vor, die Abgeordnete Frau Schellhammer zur Vorsitzenden der Enquete-Kommission zu wählen.

Die Enquete-Kommission wählt einstimmig Frau Abgeordnete Schellhammer zur Vorsitzenden der Enquete-Kommission 16/2 „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“.

Frau Abg. Scheilhammer bedankt sich und nimmt die Wahl an.

Herr Abg. Lammert schlägt namens der CDU-Fraktion Frau Abgeordnete Kohnle-Gros zur stellvertretenden Vorsitzenden vor.

Die Enquete-Kommission wählt einstimmig Frau Abgeordnete Kohnle-Gros zur stellvertretenden Vorsitzenden der Enquete-Kommission 16/2 „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“.

Frau Abgeordnete Kohnle-Gros bedankt sich und nimmt die Wahl an.

Herr Vizepräsident Dr. Braun bittet Frau Schellhammer, den Vorsitz zu übernehmen.

Frau Vors. Abg. Schellhammer dankt für das durch die Wahl in sie gesetzte Vertrauen. Sie werde sich redlich bemühen, die Enquete-Kommission zu leiten, und freue sich sehr, dass sie gemeinsam über das wichtige Thema, wie die Demokratie weiterzuentwickeln sei, beraten könnten.

Herr Staatssekretär Stadelmaier gratuliert, auch im Namen seiner Kollegin Frau Staatssekretärin Gottstein, den Abgeordneten Frau Schellhammer und Frau Kohnle-Gros zur Wahl und bringt gegenüber den Mitgliedern der Enquete-Kommission die Bereitschaft zu einer guten Zusammenarbeit zum Ausdruck. Die Landesregierung sei sehr an diesem Thema interessiert. Sie stellten sich dort, da sie sich tagtäglich in diesem Prozess befänden, ebenfalls die Fragen, deren Beantwortung sich die Enquete-Kommission vorgenommen habe. Daher wolle die Landesregierung die Arbeit dieser Kommission nicht nur begleiten, sondern erhoffe sich auch einen Erkenntnisgewinn davon, der später in die Politik mit einfließen könne.

Frau Vors. Abg. Schellhammer bedankt sich und weist darauf hin, dass als Einstieg in die Arbeit die Berichte der Enquete-Kommission 14/3 „Jugend und Politik“ und der Enquete-Kommission 15/3 „Verantwortung in der medialen Welt“ vorlägen. Sie hätten sich darauf verständigt und es auch im Einsetzungsbeschluss so formuliert, mit ihrer Arbeit direkt an deren Ergebnisse anzuknüpfen. Darüber hinaus habe die Landtagsbibliothek eine umfangreiche Leseliste und einen Handapparat erstellt, die dem Einholen von Hintergrundinformationen dienen. Die Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ habe in ihrer Ausgabe vom 31.10.2011 den Themenschwerpunkt „Demokratie und Beteiligung: Allein fünf Aufsätze zu diesem Themenkomplex seien dort zu finden.“

Punkt 2 der Tagesordnung:

Erörterung und Festlegung des weiteren Verfahrens, Terminierung der nächsten Kommissionssitzungen

dazu: Vorlagen EK 16/2-2/3

Die Enquete-Kommission stimmt – vorbehaltlich der erforderlichen Zustimmung – bei Enthaltung der Sachverständigen Herr Kissel und Herr Prof. Dr. Ziekow ansonsten einstimmig den in der Vorlage EK 16/2-2 enthaltenen Themenkomplexen und Sitzungsterminen zu.

Frau Vors. Abg. Schellhammer erläutert, die Vorlage EK 16-3 – „Konzeption Transparente Enquete“ – enthalte vier Bausteine für die Arbeit der Enquete-Kommission, die den im Einsetzungsbeschluss genannten Zielen entsprächen. Sie hätten sich darauf verständigt, dass die Enquete-Kommission mit gutem Beispiel vorgehe, das heißt transparent und bürgernah arbeite. Bei diesen Bausteinen handele es sich um eine Live-Übertragung im Internet und einen Mitschnitt der Sitzungen, damit die Menschen die Diskussionen direkt miterleben, sich aber auch nachträglich darüber informieren könnten; die Einrichtung eines Demokratie-Blogs; die Erstellung eines Flyers und der Austausch mit Besuchergruppen im Anschluss an die jeweiligen Sitzungen.

Herr Abg. Haller hält das für ein sehr gutes und ambitioniertes Programm. Schließlich müssten sie sich als Mitglieder des Landtags immer wieder die Frage stellen lassen, was der Landtag unternehme, um seine Arbeit öffentlich darzustellen. Sie diskutierten schon lange darüber, Landtagsitzungen ins Internet zu streamen. Er finde es richtig, dass sie diesen Weg konsequent weitergingen, nachdem es in der Enquete-Kommission „Verantwortung in der medialen Welt“ zum ersten Mal ausprobiert worden sei. Dies sei eine Form der Darstellung der Arbeit des Parlaments, mit der sie der Diskussion darüber, wie die Arbeit der Enquete-Kommission bzw. die des ganzen Landtags in der Presse gewürdigt werde, ein Stück weit den Wind aus den Segeln nehmen könnten. Er halte es sogar für die Pflicht des Parlaments, diesen Weg weiterzugehen.

An dieser Stelle wolle er sich bei der Landtagsverwaltung bedanken, dass diese technische Infrastruktur heute zur Verfügung stehe, sowie bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion dafür, dass sie ihnen auf diesen Weg sehr entgegengekommen seien.

Herr Abg. Lammert betont, auch die Mitglieder seiner Fraktion seien froh, dass die Enquete-Kommission nun ihre Arbeit aufnehmen könne, und begrüßten die Konzeption für eine transparente Enquete. Sie wollten die Menschen vor Ort mitnehmen, aber diese könnten nur mitgenommen werden, wenn sie auch wüssten, was hier passiere.

Es stelle sich nur die Frage, ob die Landtagsverwaltung in der Lage sei, einen solchen Demokratie-Blog rechtlich, sachlich und fachlich sowie technisch so einzurichten, dass er möglichst von allen Seiten genutzt werden könne. Dort gebe es vielleicht die eine oder andere rechtliche Hürde zu beachten. Das Gleiche gelte für den Live-Stream. Er bitte die Landtagsverwaltung, das mit abzuklären, damit sie sich auf der sicheren Seite befänden.

Was den Flyer betreffe, müssten sie noch einmal darüber sprechen, welche Informationen er genau enthalten solle. Die Bürgerinnen und Bürger darüber zu informieren, dass sie eine Enquete-Kommission eingerichtet hätten und in den nächsten Monaten über die Bürgerbeteiligung sprechen wollten, halte er für eine Selbstverständlichkeit. Darüber, wie das nach außen transportiert werden könne, werde es sicherlich noch Diskussionen geben.

Frau Sachverständige Univ.-Prof. Dr. Thimm bedankt sich für die Benennung als Sachverständige und weist darauf hin, dass sie bereits in der Enquete-Kommission „Verantwortung in der medialen Welt“ mitgearbeitet habe. Sie habe das Land Rheinland-Pfalz als sehr innovativ kennengelernt. Ausgehend von dieser Erfahrung mache sie darauf aufmerksam, dass die Enquete-Kommission „Internet und digitale Welt“ des Deutschen Bundestags den Versuch unternommen habe, über die Online-Plattform Adhocracy eine Beteiligung über das Netz zu etablieren. Ihrer Meinung nach sei diese Plattform ein erster Versuch, das zu verbessern, was sie als eine große Chance sehe. Es gebe sehr viele Auswertungen.

Es werde sehr viel Kritik an dem Verfahren geübt. Der Hauptkritikpunkt, mit dem sich wahrscheinlich auch diese Enquete-Kommission beschäftigen werde, sei, dass Beteiligung für die Bürger heute nicht mehr nur bedeute, Informationen zur Kenntnis zu nehmen. Beteiligung bedeute vielmehr auch, zu wählen, abzustimmen und sich ganz konkret in einem Planungsprozess zu äußern. Sie bitte daher die Landesregierung um eine Stellungnahme dazu, ob ein solches Tool für diese Enquete-Kommission von Nutzen sein könne und inwieweit das Land Rheinland-Pfalz nicht auch hier wieder die Möglichkeit habe, sich als besonders innovativ darzustellen. Sie wolle damit auch der Kritik zuvorkommen, dass hier auf relativ standardisierte Verfahren gesetzt werde. Eine solche Online-Plattform könne als ein erstes Experiment betrachtet werden. Schließlich solle die Beteiligung im Rahmen dieser Enquete-Kommission auch geübt werden.

Frau Ministerialdirigentin Dr. Franke legt dar, wie die Landtagsverwaltung die Arbeit der Enquete-Kommission unterstützen könne, was das Live-Streaming und den Demokratie-Blog anbelange.

Zum Live-Streaming habe es schon Vorgespräche mit der Landtagsverwaltung gegeben. Die Landtagsverwaltung habe bereits in der vergangenen Wahlperiode damit begonnen, die für das Live-Streaming erforderliche Infrastruktur einzurichten, damit der neue Landtag darüber entscheiden könne, ob und unter welchen Voraussetzungen er diese Übertragungsform nutzen wolle.

Sie hätten unter bestimmten baulichen Voraussetzungen zu arbeiten. Da das Landtagsgebäude sehr alt sei, wiesen die Verkabelungen die entsprechenden Defizite auf. Daher sei der LBB mit der Planung und der Realisierung einer solchen Infrastruktur beauftragt worden. Die Ausschreibungen liefen derzeit; im November werde der Zuschlag erteilt. Anschließend seien die baulichen und EDV-technischen Installationen vorzunehmen. Die Landtagsverwaltung rechne vorbehaltlich einer noch durchzuführenden technischen Überprüfung durch den LDI damit, dass diese Infrastruktur spätestens ab Frühjahr nächsten Jahres zur Verfügung stehe. Damit sei auch gewährleistet, dass der Live-Stream über das rlp-Netz übertragen werde, was mit Blick auf die Störungsfreiheit und die Manipulationssicherheit eine wichtige Voraussetzung sei.

Schon vorher sei die Übertragung eines Live-Streams möglich. Nur müsse das über ein externes Netz erfolgen. Das gelte sowohl für die Sitzungen der Enquete-Kommission als auch für Plenarsitzungen, die man über das Internet ausstrahlen wolle. Die externe Lösung sei mit höheren Kosten verbunden, die man dann übernehmen müsse. Was die Störungsfreiheit und die Manipulationssicherheit angehe, würden sie mit Kompromissen leben müssen, da das rlp-Netz, das ein starkes Netzwerk und entsprechend starke Leitungsverbindungen habe, noch nicht zur Verfügung stehe. Ein Live-Mitschnitt, über den ebenfalls nachgedacht worden sei, wäre preiswerter gewesen und hätte nicht diese Anforderungen an sie gestellt. Soweit sie es verstanden habe, solle allerdings beides erfolgen – Live-Streaming und Live-Mitschnitt –, damit sich die Leute das auch später noch anschauen könnten.

Die Enquete-Kommission müsse im Frühjahr, wenn die Infrastruktur zur Verfügung stehe, vielleicht darüber nachdenken, ihre Sitzungen im Plenarsaal abzuhalten. Dort wäre die erforderliche Infrastruktur dann bereits vorhanden, und die Übertragung wäre mit weniger Kosten verbunden. Es sei aber auch möglich, den Ausschusssitzungssaal zu nutzen.

Zum Demokratie-Blog liefen die entsprechenden Vorbereitungen; er könne problemlos eingerichtet werden.

Was die Betreuung von Besuchergruppen und die Flyer anbelange, habe die Enquete-Kommission bereits darauf verwiesen, dass sie ihre Vorschläge präzisieren wolle, damit die Landtagsverwaltung dann prüfen könne, was mit Bordmitteln zu leisten sei und wofür man eventuell zusätzliche Mittel benötige. Darüber müssten sie sich im Einzelnen abstimmen. Seitens der Landtagsverwaltung biete man diesbezüglich Gespräche an.

Frau Abg. Spiegel hält die Vorlage für einen guten Anfang; denn wenn sie über eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sprächen, sei es wichtig, dass sie als Enquete-Kommission mit gutem Beispiel vorangingen und die Rahmenbedingungen schafften, die es den Menschen in Rheinland-Pfalz ermöglichten, direkt an ihrer Arbeit teilzuhaben. Sie stimme mit Prof. Caja Thimm darin überein, dass gute Information nur eine Form der Beteiligung sei und dass man darüber hinaus auch darauf schauen müsse, wie man die Menschen einbeziehe.

1. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 04.11.2011
– Öffentliche Sitzung –

Dass man im Anschluss an die Sitzungen der Enquete-Kommission in die direkte Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern trete, sei ein erster Schritt. Darüber sollten sie die Rahmenbedingungen für die Nutzung der neuen Möglichkeiten, die die digitalisierte Welt heutzutage biete, schaffen, um auch auf diesem Weg eine bessere Beteiligung zu gewährleisten. Das müsse möglichst zeitnah erfolgen. In dem Zusammenhang danke sie Frau Dr. Franke für die Information darüber, in welchem Zeithorizont das realisiert werden könne. Sie seien damit auf einem guten Weg, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Frau Vors. Abg. Schellhammer führt aus, der Demokratie-Blog sei nicht als Einbahnstraße gedacht. Sie finde die Online-Beteiligungsplattform Adhocracy, die auf Bundesebene erprobt werde, sehr spannend. Die Sitzungen der Enquete-Kommission würden gestreamt, und die Menschen könnten parallel dazu mitdiskutieren und konkret Vorlagen mit erarbeiten. Es sei hier angedacht, dies von der Optik her als einen Blog aufzubauen; denn dies sei ein Format, das sich sowohl für das Einstellen von Informationen als auch für das Schreiben von Gastbeiträgen eigne. Jeder könne also als Autor bzw. als Autorin aus der Enquete-Kommission heraus bloggen, Gastbeiträge könnten eingestellt werden, und es gebe auch eine Kommentarfunktion.

Man müsse überlegen, wie man das erweitern könne. Auf Anregungen von Mitgliedern der Enquete-Kommission sei sie sehr gespannt. Es sei viel vorgeschlagen worden, was in den nächsten Wochen, ergänzt durch Ideen aus dieser Runde, in Zusammenarbeit mit der Verwaltung weiterentwickelt werden solle. Zum Beispiel sollten die Social Networks mit eingebunden werden. Sie habe sich bei der Erarbeitung der Vorlage überlegt, dass sowohl die Anregungen, die über den Blog oder Twitter kämen, als auch das, was sie über die Flyer an Informationen erhielten, direkt in die Beratung der jeweiligen Sitzung eingespeist werden könnten. Die Einführung von Adhocracy auf der Bundesebene sei nicht einfach gewesen. Beteiligungsmöglichkeiten in dem Umfang würden sie vielleicht nicht bereitstellen können, aber sie sollten auf jeden Fall den Anspruch aufrechterhalten, im Dialog mit den Menschen zu arbeiten.

Die Enquete-Kommission stimmt – vorbehaltlich der Genehmigung durch den Ältestenrat – einstimmig dem in der Vorlage EK 16/2-3 enthaltenen Konzept zur Transparenten Enquete zu. Das Konzept soll hinsichtlich der Ausgestaltung des Flyers sowie der Einbindung von Besuchergruppen konkretisiert werden.

Die Enquete-Kommission beschließt – vorbehaltlich der Genehmigung durch den Ältestenrat – weiterhin einstimmig, die Protokolle der Enquete-Kommission ins Internet einzustellen.

Die Enquete-Kommission beschließt einstimmig, die Landesregierung zu bitten, in der nächsten Sitzung am 9. Dezember 2011 einen Bericht zur „Kinder- und Jugendbeteiligung/Mitbestimmung in der Schule“ zu erstatten.

Die Enquete-Kommission beschließt des Weiteren einstimmig, die Landtagsverwaltung zu bitten, in der nächsten Sitzung am 9. Dezember 2011 einen Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ zu erstatten.

Die Kommission kommt einstimmig überein, für die Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ die Kurzbezeichnung „Bürgerbeteiligung“ zu verwenden.

Frau Vors. Abg. Schellhammer weist darauf hin, dass die Anzuhörenden für die geplanten Anhörungen zum Thema „Kinder- und Jugendbeteiligung/Mitbestimmung in der Schule“ am 27. Januar 2012 und zum Thema „Gendergerechte Demokratie“ am 10. Februar 2012 bereits in der nächsten Sitzung am 9. Dezember 2011 benannt werden sollten.

Herr Abg. Lammert erkundigt sich, ob die Zahl der Anzuhörenden, die eine Fraktion einladen könne, begrenzt sei oder ob sie zunächst einmal Vorschläge sammelten und sich dann im jeweiligen Verfahren darauf einigten.

Herr Abg. Haller schlägt vor, in der Obleuterunde noch einmal darüber zu sprechen. Es gehe nämlich auch darum, ob man die Redezeit, die jedem Anzuhörenden zustehe, generell festlege. Er vertrete die Auffassung, das werde der Sache nicht gerecht, und es sei besser, das jeweils neu zu verhandeln.

Ausgehend von den in anderen Ausschüssen gemachten Erfahrungen weist **Herr Abg. Lammert** darauf hin, es sei hilfreich, wenn man den Sachverständigen zumindest für ihr Impulsreferat ein bestimmtes Zeitfenster vorgebe; denn die Stellungnahmen könnten ansonsten ausufern. Danach könne man es individuell gestalten. Er plädiere dafür, den Sachverständigen kleine Orientierungshilfen zu geben.

Frau Vors. Abg. Schellhammer merkt an, im Idealfall würden sie einen Fragenkatalog entwickeln, der den Anzuhörenden zugeschickt werden könne. Auf diese Weise könnten sie auch die unterschiedlichen Antworten auf die Fragen vergleichen. Wichtig finde sie es, dass sie sich auf ein Zeitfenster einigten.

Auf jeden Fall werde in der Obleuterunde über die konkreten Maßnahmen gesprochen. Sie gehe aber davon aus, dass sie in etlichen Fragen, zum Beispiel bei der Benennung, sehr einvernehmlich vorgehen könnten. Der Termin für die Obleuterunde werde in den nächsten Tagen festgelegt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorstellung der Sachverständigen und Austausch der Erwartungen der Fraktionen und Sachverständigen an die Arbeit der Enquete-Kommission

Frau Vors. Abg. Schellhammer erläutert, dieser Punkt sei insofern wichtig, als jeder vor dem Einstieg in die eigentliche Arbeit der Enquete-Kommission die Gelegenheit habe, darzulegen, welche Wünsche und Erwartungen er habe, was die Thematik und die Zusammenarbeit anbelange.

Herr Sachverständiger Univ.-Prof. Dr. Karpen führt aus, er sei Professor des Staats- und Verwaltungsrechts sowie des Völkerrechts in Hamburg. Von 1991 bis 2001 habe er für die CDU der Hamburgischen Bürgerschaft angehört. In dieser Funktion sei er zunächst Vorsitzender des Rechtsausschusses und im weiteren Verlauf der Legislaturperiode Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses gewesen. Auch habe er einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss über Missstände in der Hamburger Polizei geleitet. Seit seiner Referendarzeit habe er selten so viel Neues gelernt wie im Parlament. Im Augenblick beschäftige er sich mit der Beratung ausländischer Regierungen und Parlamente in Sachen Rule of law, democracy usw.

Das Ziel der Arbeit der Enquete-Kommission – die Stärkung der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements – sei ebenso hehr wie wolkig. Den Kurztitel, auf den sie sich eben geeinigt hätten – „Bürgerbeteiligung“ – halte er für viel besser als das, was man ansonsten höre.

Es sei bereits enorm viel getan worden. Man könne sich fragen, warum sich hier 40 Leute versammeln, um über die Bürgerbeteiligung zu sprechen. Es gebe das Kommunal- und Verwaltungsreformgesetz sowie die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ dem Jahr 2002, an der er mitgewirkt habe. In Hamburg existiere ein ausgefeiltes System von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden, die wiederholt zum Erfolg geführt hätten, zum Beispiel in Sachen Krankenhäuser und Schulen. Einige Bürgerinitiativen hätten also Erfolg mit dem Durchsetzen ihres Anliegens gehabt und auch eine interessante Arbeit gemacht.

Bürgerbegehren gebe es auch auf der untersten Ebene des Bürgerentscheids, nämlich bei den Bezirken. Manche Hamburger Bezirke hätten 500.000 Einwohner; diese meine er jedoch nicht. Aber im Bezirk Hamburg-Bergedorf könne die Verwaltung tatsächlich mithilfe von 1.000 Unterschriften an der Umsetzung eines Bauvorhabens gehindert werden. Das zeige, dass dort eine Menge Sprengstoff liege.

Schließlich wolle er auf die Frage eingehen, was er erreiche und befürchte. Er kenne den Landtag und die Landesregierung aufgrund persönlicher Kontakte seit langer Zeit recht gut, sei aber neu in diesem Kreis. Er glaube, der Bürger erwarte von der Enquete-Kommission, dass sie sich mit der praktischen Umsetzung befasse, wobei die wissenschaftliche Forschung als gegeben vorausgesetzt werde. Die praktische Umsetzung erkenne er an vorhandenen Bürgerbeteiligungsstrukturen in den Hauptfeldern, in denen das Thema aktuell werde. Das seien seiner Meinung nach Infrastrukturvorhaben, Bauvorhaben, planungsrechtliche Vorhaben, Stromleitungen und die Schulen. Mit der Schulpolitik könne man jeden Menschen hinter dem Ofen hervorlocken. Es gehe ihm also um die praktische Umsetzung.

Der andere Punkt sei die Partizipation. Er sei gerade von einer Reise nach Georgien zurückgekehrt. Georgiens Justizminister habe die OECD-Delegation aufgefordert, sich einen modernen One-stop-Shop anzusehen, der einen Großraum mit 200.000 Einwohnern abdecke. Er stelle sozusagen einen Nukleus der Bürgerbeteiligung dar; denn der Bürger sehe, dass er dort ernst genommen werde. Aus Hamburger Sicht sage er – Hamburg sei ein Melting Pot –, gerade die Partizipation der Migranten sei wichtig. Dies gelte auch für Städte wie Berlin und München; für Rheinland-Pfalz vielleicht noch nicht in dem Maße, aber da traue er sich kein Urteil zu. Es sei wichtig, die Migranten durch die Bürgerbeteiligung einzubinden. Er glaube, sie hätten es bei der Partizipation mit einem echten Integrationsinstrument zu tun.

Die Mittel zum Erreichen dessen, was er sich unter Partizipation, Ehrenamt und Beteiligung vorstelle, bestünden in einem Überzeugungsprozess, in finanziellen Anreizen und in infrastruktureller Förderung. Den One-stop-Shop habe er bereits erwähnt. Als Letztes wolle er die Zwangsverpflichtung nennen. Sie befänden sich in der Situation, dass das Soziale Jahr mit dem Wegfall der Wehrpflicht leer laufe. Hier zeige sich die negative Seite: Sie würden immer laut nach der Bürgerbeteiligung rufen,

wenn ihnen die Beamten und die von der öffentlichen Hand bezahlten Mitarbeiter wegliefen und für wichtige Aufgaben nicht mehr zur Verfügung stünden.

Zu den Befürchtungen: Er befürchte den ungleichen Einfluss der Bürger: dass es eine „versäulte“ Verbändekultur gebe, wie es in Hamburg zu beobachten gewesen sei. Das sei nicht der Sinn der Sache. Der Zeitaufwand sei enorm. Er halte die Planspiele, die in Rheinland-Pfalz etwa zum Waldschadensgesetz oder zum Katastrophenschutz durchgeführt worden seien, für ganz toll: Einbeziehung der Bundeswehr, der Polizei, der Pfadfinder, der Notrettung usw. Aber das Ganze sei außerordentlich zeitaufwendig. Es habe Bildungsurlaub genommen werden müssen. Neben dem Zeitaufwand sei auch der finanzielle Aufwand sehr hoch.

Sie sollten sich Gedanken machen über das Verhältnis von Regierung und Parlament auf der einen Seite sowie der Gesellschaft auf der anderen Seite; denn das Handeln der einen Seite – der Verwaltung – könnte frustrierend auf die andere Seite wirken. Dafür werde er ihnen noch Beispiele aus den Erfahrungen mit Bürgerentscheiden in den Bezirken Hamburgs liefern.

Herr Sachverständiger Univ.-Prof. Dr. Lorig verweist darauf, dass vor einer Woche in Trier ein Kolloquium zu dem Thema „Parteien- und Politikerverdrossenheit“ stattgefunden habe, das in der Öffentlichkeit erhebliche Resonanz gefunden habe. Die Ergebnisse seien sehr differenziert ausgefallen. Grundtenor sei, dass es zwar, insbesondere bei jungen Menschen, ein ausgeprägtes Interesse an Politik gebe, aber eine Distanz gegenüber Parteien und Politikern festzustellen sei.

Gleichzeitig sei im Rahmen dieser Veranstaltung über das Faktum diskutiert worden, dass sich die Parlamentarier seit Jahren im Durchschnitt äußerst engagiert um eine Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerschaft bemühten. Allerdings müsse man doch etwas genauer hinschauen: So habe aktuell die Beteiligung bei der Oberbürgermeisterwahl in Saarbrücken bei 35 % gelegen. Er wünsche sich, dass sie in diesem Gremium, das aus Vertretern der Politik, der Wissenschaft und der Verwaltung bestehe, intensive Überlegungen anstellten, inwieweit es Möglichkeiten gebe, die Bürger, die sich beteiligen wollten, an die Partizipation heranzuführen.

Ihn habe zusätzlich dazu bewogen, sich in die Arbeit der Enquete-Kommission einbinden zu lassen, dass die Großregion Saar-Lor-Lux an der Universität Trier, die sich sehr nahe an den Grenzen zu Luxemburg, Frankreich und Belgien befinde, ein wichtiges Thema sei. Er beschäftige sich seit einiger Zeit zusammen mit dem Kollegen Junkernheinrich, aber auch mit Kollegen von der Universität Luxemburg mit der Kommunalpolitik: Local und Regional Governance in einer grenzüberschreitenden Region. Dies sei insofern spannend, als viele Punkte, die hier auf der Tagesordnung stünden, auch für Luxemburg relevant seien.

Luxemburg weise eine große Zahl von Migranten bzw. von Leuten auf, die dorthin gezogen seien, weil sie dort lukrative Arbeitsbedingungen fänden. In Luxemburg sehe man sich mit der Frage konfrontiert, inwieweit diese nicht oder noch nicht luxemburgischen Bürger in politische Prozesse eingebunden werden könnten. Frau Malu Dreyer habe vor zwei Jahren unter Beteiligung luxemburgischer Politiker eine Abendveranstaltung dazu durchgeführt, auf der man äußerst interessante Hinweise zu diesem Thema habe erhalten können.

Eine dritte Schiene, über die er gewisse Anregungen, Klärungen und Anstöße sowie Möglichkeiten, dies in praxisrelevante Entscheidungen und Konzepte umzusetzen, zu erhalten hoffe, sei das, was sie zurzeit in Trier machten. Auch an der Universität Trier hätten sie die reformierte Lehrerbildung. In diesem Modul versuchten sie, das Thema „Kommunalpolitik und Bürgerpartizipation“ auf der einen Seite fachwissenschaftlich mit den Studierenden zu bearbeiten, auf der anderen Seite aber mit den Fachdidaktikern verschiedener Disziplinen dieses Thema jugend- und erwachsenengemäß in Module für die politische Bildung zu transferieren. Das sei nicht ganz einfach, könne aber trotzdem zielführend sein, wenn man es interdisziplinär und praxisorientiert unter Einbindung von Seminarleitern, aber auch von Lehrerinnen und Lehrern sowie von Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern vorantreibe.

Zurzeit werde ein größeres Projekt beantragt, und er sei froh, dass sein Kollege Helmut Klages und dessen Mitarbeiter, Dr. Kai Masser von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, die Bereitschaft signalisiert hätten, dieses Projekt in Kooperation zu realisieren. Im ersten Abschnitt des Projekts werde eine flächendeckende Bestandsaufnahme der kommunalen Reformen angestrebt, die in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren realisiert worden seien, und es werde erho-

ben, und welche Ergebnisse die einzelnen Kommunen erzielt hätten, die sich an diesen Reformprojekten beteiligt hätten. Dazu sei eine Befragung der zuständigen Verwaltungen, der Personalräte, der Fraktionsvorsitzenden, der hauptamtlichen Verwaltungsleitungen, der Bürgermeister und der Oberbürgermeister geplant.

Er beantrage zurzeit bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein Projekt zur Klärung der Frage – eine spannende Frage, die vielleicht auch irgendwann in den Mittelpunkt der Arbeit dieses Gremiums rücken werde –, inwieweit die Instrumente der repräsentativen Demokratie und die Instrumente der direkten oder plebiszitären Demokratie zu Verwerfungen führten bzw. inwieweit die Kompatibilität optimiert werden könne. Er habe gerade zusammen mit seinen Studenten eine Befragung von Verbandsbürgermeistern und Ratsmitgliedern durchgeführt, bei der zum Teil auf positive Erfahrungen hingewiesen werde, zum Teil aber auch auf Spannungen und Irritationen, die zumindest thematisiert und möglichst kanalisiert werden sollten.

Mit großer Freude habe er zur Kenntnis genommen, dass eine etwas größere Sitzung dem Thema Bürgerhaushalt gewidmet sei. Er sitze in der Stadt Trier in dem entsprechenden Beirat und erlebe dort sowohl die schönen Seiten des Bürgerhaushalts als auch die Frustrationen. Dr. Kai Masser und sein Kollege Helmut Klages hätten dazu mehrere Städte in der Bundesrepublik untersucht, wobei sie herausgefunden hätten, dass Trier noch relativ gut dastehe. Es gebe jedoch ein Frustrationspotenzial. Er vertrete die Auffassung, dass die guten Ansätze gestützt und weiterhin gefördert werden sollten und dass man die Leute, die schon dabei seien, verstärkt motivieren solle. Er habe eine These dazu entwickelt, wie man das optimieren könne, die er an diesem Tag jedoch noch nicht vorstellen wolle.

Die Bausteine, die er ihnen eben kurz skizziert habe, ließen sich nach seiner Auffassung und der seiner Kollegen an seiner Universität exakt in den großen Auftrag der Enquete-Kommission einfügen. Sie brächten sich von Trier aus gern in die Arbeit der Enquete-Kommission ein und freuten sich auf Anregungen und vielleicht sogar auf Beschlüsse, die für das Land Rheinland-Pfalz zielführend sein könnten.

Frau Sachverständige Kerst bedankt sich ausdrücklich dafür, dass die Zuschaltung via Skype aus London gelungen sei. Vielleicht sei das auch ein innovatives Verfahren innerhalb einer Enquete-Kommission. Sie freue sich sehr, dass sie als Sachverständige benannt worden sei.

Sie sei Geschäftsführerin einer strategischen Internetberatung. Das heiße, sie berate die Unternehmen dahin gehend, wie sie das Medium Internet innovativ nutzen könnten. Viel interessanter und wichtiger seien für sie jedoch die politischen Aktivitäten, auf die sie sich momentan konzentriere. Sie sei Mitglied des Gesprächskreises „Netzpolitik“ des SPD-Parteivorstands in Berlin. Dabei handle es sich um eine Gruppe von etwa 30 Personen, die sich mit Themen wie Bürgerbeteiligung, Netzneutralität und Medienkompetenz beschäftige. Bereits seit eineinhalb Jahren würden dort viele Themen, die hier auf der Tagesordnung stünden, angesprochen. Darüber hinaus habe sie einige Anknüpfungspunkte zu der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ in Berlin. Dort sei sie im Beirat der Friedrich-Ebert-Stiftung aktiv. Es gebe da viele Schnittstellen zu den Themen, die sie hier auf der Agenda hätten.

In Köln gebe es die Initiative „Internetstadt Köln“. Sie sehe darin einen der größten Anknüpfungspunkte für die Arbeit der Enquete-Kommission. Sie beschäftige sich auch sehr mit der Frage, wie die Bürgerbeteiligung auf der kommunalen Ebene realisiert werden könne. Die Zahlen für Rheinland-Pfalz besagten, dass etwa 75 % der Rheinland-Pfälzer im Internet aktiv seien. Das heißt, sie hätten es mit vielen Menschen zu tun, die insbesondere auch daran interessiert seien, was bei ihnen vor Ort passiere.

Deshalb stelle sich für sie insbesondere die Frage, wie man die aktive Bürgerbeteiligung und das Internet miteinander verknüpfen könne. Dabei seien die Bürgerhaushalte zu erwähnen. Auch ein Live-Streaming aus dem Rat wäre sicherlich spannend. Das sei eine der Aufgaben der Sitzung, die sich mit dem Thema „Open Data“ befasse, also mit der Transparenz, die die Bürger immer mehr – zu Recht oder zu Unrecht – einforderten. Auf jeden Fall hätten sie die von Prof. Karpen eben schon gestellte Frage zu beantworten, welche Form der Beteiligung sich der Bürger eigentlich wünsche.

Sie würde sich freuen, wenn sie es schafften, endlich die Frage zu beantworten, wie man alle Bürger dazu bringe, sich zu beteiligen. Die Stadt Köln sei ein Beispiel dafür, aber man könne das auch an-

hand anderer Bürgerhaushalte sehen. Es gebe, wie Prof. Karpen schon gesagt habe, Lobbyvertreter, also Personen, die z. B. Bürgerbegehren initiierten oder Bürgerinitiativen gründeten, die auch online sehr aktiv seien, indem sie etwa sehr viele Anträge oder Kommentare zu den Bürgerhaushalten schrieben, was dazu führe, dass andere Personengruppen außen vor blieben. Diese Frage zu beantworten würde einen Schritt nach vorne bedeuten, um den Erfolg dieser Enquete-Kommission zu gewährleisten.

Über die technischen Möglichkeiten müssten sie ebenfalls sprechen. Sie hätten einen Punkt auf der Agenda, der sich konkret damit beschäftige, wie man die Onlinebeteiligung realisieren könne. Zu diesem sehr wichtigen Punkt, welche Tools es gebe, um eine Bürgerbeteiligung zu gewährleisten, wolle sie sich gern einbringen. Auch gehe es darum, welche Fallstricke es beispielsweise bei dem Thema „Adhocracy“ gebe. In Berlin hätten sich etwa 300 Personen aus ganz Deutschland beteiligt, als es um das Thema „Adhocracy“ gegangen sei – und das bei einer Enquete-Kommission, die durchaus eine öffentlichkeitswirksame Präsenz gehabt habe. Die Frage werde also sein, wie man die technischen Hürden so niedrig halte, dass jeder partizipieren könne. Es gelte, eine Bestandsaufnahme zu machen, das Für und Wider abzuwägen und das Beste für Rheinland-Pfalz herauszufinden.

Frau Sachverständige Univ.-Prof. Dr. Thimm freut sich, dass es gelungen sei, die Sachverständige Frau Kerst via Skype aus London zuzuschalten. Das, was Frau Kerst vorgetragen habe, passe gut zu dem, was sie sagen wolle. Sie hätten offensichtlich ähnliche Punkte auf der Agenda.

Sie sei Professorin für Medienwissenschaft und Intermedialität an der Universität Bonn. Dort betreue sie seit vielen Jahren den Bereich Onlinekommunikation. Sie habe bereits an der vorangegangenen Enquete-Kommission „Verantwortung in der medialen Welt“ teilgenommen, wobei der Abschlussbereich nicht nur an der Bonner Universität, sondern auch in anderen medienwissenschaftlichen Instituten als Standardwerk betrachtet werde. Die Bachelor-Studenten im ersten Semester läsen diesen Bericht. Sie wolle mit dieser Anmerkung verdeutlichen, welche hohen Ansprüche sie in der letzten Enquete-Kommission an sich selbst gestellt hätten, und hoffe, dass sich das in dieser Enquete-Kommission wiederhole.

Als Erstes wolle sie darlegen, was sie beitragen könne. Sie habe jüngst die Zahlen zu den twitternden Politikern und Politikerinnen in Rheinland-Pfalz ausgewertet. Diese Auswertung trage sie gern in der nächsten Sitzung vor. Rheinland-Pfalz habe, heruntergebrochen auf die Zahl der Einwohner, mit dem aktivsten Twitter-Publikum, auch in der Bürgerschaft. Die Auswertung der Dialoge habe sie selbst überrascht. Sie habe sich überlegt, ob die Enquete-Kommission und die Arbeit drum herum die Menschen so bewegt hätten, dass sie tatsächlich die neuen Medien genutzt hätten. Das sei ein großes DFG-Projekt im Rahmen eines Schwerpunktprogramms zu dem Thema „Mediatisierte Welten“.

Sie gingen nach dem Modell von Habermas vor und fragten, ob es etwas Deliberatives in der Politik gebe. Dabei versuchten sie, herauszufinden, inwieweit die Social Media dazu beitragen könnten. In dem Zusammenhang hätten sie zum Beispiel untersucht, wie der Protest gegen Stuttgart 21 über das Netz organisiert worden sei. Das seien sehr interessante Zahlen und Daten, die den Mythos etwas zurechtrücken könnten, die arabische Revolution sei von den sozialen Netzwerken verursacht worden. Dazu könne sie etwas beitragen.

Zweitens finde sie die Beteiligungskulturen von Bevölkerungsgruppen sehr wichtig, die normalerweise nicht so präsent seien. Sie sei selbst zehn Jahre lang Gemeinderätin für die GRÜNEN in Heidelberg gewesen, wisse also, wie die Partizipationskulturen auf der kommunalen Ebene funktionierten – oder auch nicht funktionierten. Es interessiere sie beispielsweise, welche Mittel sie hätten, um die Jugend und die vielen Bevölkerungsgruppen, die außen vor geblieben seien, aber von ihren Handlungen extrem stark betroffen seien, an die Politik heranzuführen.

Als Drittes interessiere sie der Bürgerhaushalt. Sie freue sich darüber, dass diesem Punkt in der Enquete-Kommission viel Bedeutung beigemessen werde und seiner Behandlung viel Zeit eingeräumt worden sei. Sie hätten den Bonner Bürgerhaushalt wissenschaftlich begleitet und die Ergebnisse ausgewertet. Das sei in enger Kooperation mit der Stadtverwaltung erfolgt. Sie könne darstellen, welche positiven und welche negativen Aspekte sie festgestellt hätten.

Sie wünsche sich, dass sie in der Enquete-Kommission versuchten, neue Formen auszuprobieren und vielleicht sogar ein kleines Modellprojekt zu initiieren, das über die Grenzen dessen hinausgehe, was

sie schon kennen würden. Sie habe gehört, dass zumindest zwei in diesem Raum Anwesende auf einer ähnlichen Grundlage aufbauten.

Eine wichtige Debatte, die sie im Zusammenhang mit Wikileaks führen müssten – darüber seien in mehreren Universitäten große Diskussionen geführt worden –, drehe sich um die Frage, wie viel Recht auf Geheimnis es in der Politik eigentlich noch gebe. Es interessiere sie, zu erfahren, wie viele nichtöffentliche Sitzungen die politisch Aktiven in diesem Bundesland zu benötigen glaubten. Vielleicht könne es eine Innovation geben, indem sie sich einmal die Geschäftsordnung des Landtags daraufhin anschauten, welche Sitzungen nichtöffentlich sein müssten und wie viel Transparenz sie zulassen könnten.

Herr Sachverständiger Univ.-Prof. Dr. Ziekow bedankt sich für die Benennung als Sachverständiger und stellt die Institution vor, an der er tätig sei. Er sei Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung in Speyer, eines vom Bund und von allen Ländern getragenen Leibniz-Instituts, dessen zentrale Aufgabe darin bestehe, Verwaltungen, Regierungen und Parlamente zu beraten und zu beforschen. Sie hätten in ihrem Institut eigentlich zu allem, was auf der Agenda der Enquete-Kommission stehe, schon etwas gemacht: zu dem Thema „Bürgerhaushalte“, aber auch zu allen anderen Punkten.

Ihm seien die Themen „Informationszugang“ und „Bürgerbeteiligung“ von der Tätigkeit auf sehr vielen verschiedenen Ebenen bekannt. Er sei Mitglied eines ständigen UN-Organs, dessen Aufgabe darin bestehe, Regierungen effektiv, effizient und bürgerfreundlich zu gestalten. Von daher kenne er auch die Diskussionen zwischen den Vertretern des eDemocracy-Ansatzes – das, was die entsprechende UN-Verwaltung, die PADM, fahre, sei sehr stark chinesisch inspiriert – und diejenigen, die das doch etwas skeptischer sähen und die Notwendigkeit einer unmittelbaren Kommunikation betonten.

Er habe sich gefreut, im Rahmen der Bürgerbeteiligung bei der Kommunal- und Verwaltungsreform das eine oder andere beisteuern zu können, auch bei den Bürgerkongressen. Diese seien ihm als eine sehr gelungene und sehr wichtige Form der unmittelbaren Kommunikation erschienen. Am Anfang sei er durchaus skeptisch gewesen, aber die aktive Teilnahme an jedem Kongress habe ihm gezeigt, dass das sehr viel bringe.

Da er zusammen mit der Staatskanzlei im Berliner Reichstagsgebäude eine Tagung zu dem Thema „Engagementpolitik“ veranstaltet habe, könne er mit diesem Thema durchaus etwas anfangen. Er könne sich eine inklusive und responsive Beteiligung nicht ohne eine aktivierende Funktion des Staates vorstellen.

Seit einem Jahr sei ihm dieses Thema auch aus der Praxis bekannt. Seit einem Jahr leite er nämlich ein Mediationsverfahren zu dem Thema „Zukunft der Tiefengeothermie in der Vorderpfalz“, an dem sich die Vertreter verschiedener Bürgerinitiativen und verschiedener Unternehmen beteiligten. Viele Vorstellungen, die er vorher in Bezug auf die Möglichkeiten und Grenzen der Bürgerbeteiligung und vieles andere gehegt habe, habe er absolut revidieren müssen. Einer der Punkte, die man immer bedenken müsse, sei, dass man die Bürger nicht unterschätzen, aber auch nicht überschätzen dürfe. Er spiele dabei nicht auf das Interesse oder auf den Intellekt an, sondern auf die Kapazitäten, die nötig seien, um sich Informationen zu beschaffen, sie zu verarbeiten und in sinnvolle Inputs umzusetzen.

Derzeit evaluierten sie im Auftrag des Landes Baden-Württemberg zusätzlich einen runden Tisch zum Pumpspeicherwerk in Atdorf, der von einer ehemaligen Bundestagsabgeordneten der GRÜNEN geleitet werde. Sie evaluierten, wie die Moderation des runden Tisches gelaufen sei, wie sich die Akteure verhalten hätten und wie die Kommunikation, die Interaktion und die Pressereaktionen gewesen seien.

Was die Informationen und den Informationszugang betreffe, so evaluierten sie derzeit die Bewährung des Informationsfreiheitsgesetzes in Rheinland-Pfalz und – im Auftrag des Deutschen Bundestags – auch die des Informationsfreiheitsgesetz des Bundes.

Aus diesen Erfahrungen heraus wünsche er sich gewissermaßen einen großen Wurf, also einen Leitgedanken. Es gebe sehr viele Enquete-Kommission, die am Ende ganz viele kleinteilige Empfehlungen herausbrächten, bei denen er sich frage, was er damit eigentlich anfangen solle und welches Leitbild dahinterstehe. Daher halte er es für notwendig, ein wirklich konsistentes Modell zu entwickeln.

Aus diesem Grund begrüße er es, dass die Kinder- und Jugendbeteiligung der erste Punkt auf der Agenda sei. Einer der Ansätze von Habermas sei es, dass Demokratie früh gelernt werden müsse. Außerdem wünsche er sich eine wirkliche Umsetzbarkeit der Empfehlungen und konkrete Antworten. Das Thema Kosten sei hier schon angesprochen worden. Es bringe nichts, in den Abschlussbericht zu schreiben, das werde wahrscheinlich eine ganze Menge kosten. Vielmehr müssten sie eine Antwort darauf geben, wie hoch die Kosten seien und ob man sie politisch verantworten könne. Ansonsten sei das nicht umsetzungsfähig.

Herr Sachverständiger Kissel freut sich, praktische Erfahrungen aus der Kommunalpolitik in die Arbeit der Enquete-Kommission einbringen zu können. Bevor er erst Bürgermeister in einer Verbandsgemeinde in Rheinland-Pfalz und dann Oberbürgermeister geworden sei, habe er sozusagen auf der anderen Seite gestanden und die Bürgerbeteiligung eingefordert. Das habe sich zum Beispiel darin ausgedrückt, dass er gegen den Vietnamkrieg protestiert sowie gegen das Atomkraftwerk Biblis und gegen den Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens demonstriert habe und dabei auch erkenntnistheoretisch behandelt worden sei. Dann habe er eine höhere Verantwortung übernommen habe und sei damit mehr ins konservative Lager gewechselt. Jemand habe einmal gesagt, Macht mache konservativ – im besten Sinne natürlich. Das spreche nicht gegen das Vorhandensein von Innovationsfähigkeit und Kreativität.

Er wolle ihnen anhand seiner praktischen Erfahrungen als Oberbürgermeister und vorher als Bürgermeister stichwortartig darlegen, wie er die Bürgerbeteiligung sehe, wie sie seiner Meinung nach gelebt werden könne und welche Schwächen sie habe. Dann wolle er seine Wünsche formulieren und einige grundsätzliche Anmerkungen machen.

Die Beteiligung beginne für ihn mit Transparenz und Information. Nur wer informiert sei und wer sich die Mühe mache, sich zu informieren und mitzudenken, könne auch den Anspruch erheben, mitzureden. Zunächst sei das Informieren aber eine Bringpflicht der staatlichen Ebenen und natürlich auch der kommunalen Verwaltung, mit der es die Bürger unmittelbar vor ihrer Haustür zu tun hätten. Die Inanspruchnahme dieser Information konzentriere sich in der Tat im Wesentlichen auf Planungs- und Entscheidungsprozesse, die überwiegend mit Infrastrukturprojekten zusammenhängen.

Er pflege eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Das gelte nicht nur für ihn persönlich, sondern für die ganze Verwaltung. Es gebe zwar eine Presseabteilung, aber auch alle Bereichsleiter bis hinunter auf die Abteilungs- und Sachbearbeiterebene seien befugt, über ihre Arbeit auf Anfrage der Presse Sachinformationen zu geben. Das betreffe keine strategischen Aussagen, die auf die politische Ebene gehörten. Aber Sachinformationen dürften gegeben werden; das sei ein Element der Transparenz.

Nichtöffentliche Sitzungen, in denen üblicherweise schützenswerte Belange Einzelner behandelt würden oder die einen Vorberatungscharakter im Hinblick auf eine zu treffende Entscheidung hätten, benötigten einen geschützten Raum, in dem Rede und Gegenrede stattfinden und im Rahmen eines konstruktiven Dialogs Thesen ausgetauscht werden könnten. Über diese Sitzungen werde gegenüber der Presse im Ergebnis berichtet – natürlich anonymisiert, was die Diskussionsteilnehmer angehe. Das sei in der Gemeindeordnung so vorgesehen. Aber die Bürgerinnen und Bürger könnten auf diese Weise erfahren, welcher Gegenstand in dieser vorbereitenden Sitzung behandelt worden sei und wie die Diskussion und der Entscheidungsprozess verlaufen seien. Sie hätten dann die Gelegenheit, auch in Interaktion mit den Mitgliedern der Fraktionen, sich vor der entscheidenden Ratssitzung noch einmal einzubringen. Die Fraktionen nutzten die Phase zwischen vorbereitenden Ausschusssitzungen und entscheidenden Ratssitzungen auch.

Selbstverständlich verfüge die Stadt Worms über eine Homepage. Als er Oberbürgermeister geworden sei, sei sie durchschnittlich 1,7-mal pro Jahr angeklickt worden. Er habe zusammen mit einem Mitarbeiter eine Internetredaktion aufgebaut, und heute gebe es über 7 Millionen Kommunikationsvorgänge pro Jahr. Diese Homepage sei sehr klar strukturiert und habe als Best-Practice-Beispiel bereits Anerkennung auf europäischer Ebene gefunden. Alle Planungen und alle Gutachten, die für Infrastrukturprojekte benötigt würden, würden dort 1 : 1 eingestellt.

Es gebe eine Unzahl von Informationen, und das sei eines der Übel, denen Bürgerinnen und Bürger zunehmend ausgesetzt seien. Sie würden tagtäglich mit Daten und Informationen zugemüllt und hätten somit eine Reizüberflutung auszuhalten, die sie alle, insbesondere aber diejenigen, die zunächst

1. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 04.11.2011
– Öffentliche Sitzung –

einmal eigene Probleme zu bewältigen hätten, vor große Herausforderungen stelle. Es gehe darum, die Informationen zu sortieren und das herauszufiltern, was für einen wichtig sei, was einen interessiere und wo man möglicherweise einen Ansatzpunkt sehe, um teilzuhaben.

Über diese Homepage veröffentliche die Stadt alles, was veröffentlicht werden dürfe, also nicht dem Datenschutz unterliege. Zu bestimmten Themen würden auch Onlineumfragen gemacht, zum Beispiel zu Wohlfühlaspekten im öffentlichen Raum. Sie bekämen relativ viele Antworten, die aber auch sehr viele Widersprüchlichkeiten enthielten.

Er selbst veranstalte regelmäßig einen sogenannten „OB-Chat“. Dabei sei er für einen bestimmten Zeitraum – abends natürlich, da dann die meisten Internetnutzer online sein könnten – online zu erreichen. Insofern seien die Sitzungszeiten für eine aktive Bürgerbeteiligung auf breiter Basis nicht geeignet. Er veranstalte diesen OB-Chat zu bestimmten vorgegebenen Themen. Jeder könne sich mit ihm unterhalten, wobei er versuche, sich auf das Zuhören zu beschränken und kurze Antworten zu geben. Sei Ziel sei es, Informationen zu vermitteln und einen Austausch zu ermöglichen. Häufig übernehme ein Bürgermeister dann die Funktion einer Klagemauer – oder sogar die einer Schießbudenfigur –, bei der man anonym seinen Frust ablassen könne.

Das Instrument der Einwohnerversammlung, das laut Gemeindeordnung einmal pro Jahr zur Anwendung kommen müsse, nutze er mindestens 20- bis 25-mal pro Jahr. Allerdings dienten diese Versammlungen keiner allgemeinen Aussprache, sondern erfolgten immer projekt- und themenbezogen, insbesondere zu konfliktbeladenen Themen. Sie würden möglichst frühzeitig einberufen, gerade wenn es um Planungs- und Infrastrukturmaßnahmen oder um Steuererhöhungen gehe. Zum Beispiel werde jetzt zu dem Thema „Kommunaler Entschuldungsfonds“ eine breit angelegte Informationskampagne gestartet, um die Bürger darüber aufzuklären, was sie ihnen demnächst zumuten würden. Es würden auch Angebote zum Gespräch gemacht und Einladungen zu Einwohnerversammlungen verschickt.

Dieses Angebot werde sehr gut angenommen. Die Bürgerinnen und Bürger erhielten die Informationen und hätten dann die Möglichkeit, Anregungen und Kritik vorzubringen. Aber es werde ihnen von Anfang an klar gesagt, dass die Entscheidungen nicht auf der Ebene der Bürgerversammlung fielen, da diese nicht demokratisch legitimiert sei, sondern von den demokratisch legitimierten Gremien – in diesem Fall dem Stadtrat – getroffen würden. In diesen projektbezogenen Einwohnerversammlungen würden auch kritische Anmerkungen gemacht, die man ernsthaft prüfen müsse und die in manchen Fällen auch zu Planungsänderungen führten. Im Grunde handele es sich um eine Art vereinfachtes Mediationsverfahren in einer frühen Planungsphase, das außerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren angesiedelt sei. Die standardisierten Verfahren liefen relativ weit entfernt von den Bürgerinnen und Bürgern, und die Zugangsmöglichkeiten seien beschränkt. Deshalb halte er sehr viel von den in einem relativ frühen Stadium der Planung einsetzenden Informations- und Beteiligungsveranstaltungen.

Vierteljährlich fänden branchen-, themen- und gebietsbezogene Wirtschaftstage statt, an denen auch Akteure aus der Wirtschaft teilnahmen. Die Ausschüsse im Rat würden Anhörungen von Sachverständigen zu bestimmten Themen durchführen, und schließlich gebe es die im Gesetz vorgesehene Einwohnerfragestunde, die allerdings so gut wie überhaupt nicht genutzt werde; denn eine Frage vor einem großen Auditorium zu stellen sei für viele Bürger doch mit einer großen Hemmschwelle verbunden. Deshalb biete er einmal im Monat eine Bürgersprechstunde an, in der die Bürgerinnen und Bürger im Zehnminutentakt ihr Anliegen vortragen könnten. Da gehe es in der Regel um ganz persönliche Anliegen. Auch das sei eine Form des unmittelbaren Dialogs. Die Dialogfähigkeit sei die Voraussetzung für das Handhaben der Beteiligungsinstrumente.

Ferner sei ein internetgestütztes Anliegen- und Beschwerdemanagement eingerichtet worden. Jeder, der über einen Internetzugang verfüge, könne über eine bestimmte Internetadresse eine kurze Beschwerde an sein Büro richten oder ein Anliegen vortragen und bekomme sofort die Bestätigung, dass seine Nachricht eingegangen sei und bearbeitet werde. Den Abteilungen, die für das jeweilige Thema zuständig seien, habe man die Auflage gemacht, möglichst innerhalb von drei, höchstens aber innerhalb von zehn Tagen auf das Anliegen zu antworten. Im ersten halben Jahr sei dieser Service dreitausendmal genutzt worden.

Zu nennen sei auch der Bürgerhaushalt, bei dem man sich an dem Trierer Modell orientiert habe. Im ersten Jahr habe es bereits 361 Teilnehmer gegeben. Das Instrument des Votings bedeute, dass man

die Bürger und die Teilnehmer das, was in den Gremien beraten werden sollte, gewichten und bewerten lasse. Auf diese Weise habe man ein plebiszitäres Mitwirkungsmoment eingebaut. Allerdings hielten sich die Lust am Mitmachen und der Frust über die relativierenden und aufklärenden Antworten doch die Waage. Es werde sehr viel Mühe kosten, weiterzumachen und die Bürger dazu zu bewegen, sich weiterhin dafür zu interessieren; denn ein kommunaler Haushalt, der in der doppelten Form selbst für die Ratsmitglieder kaum noch verständlich sei, sei mit so viel Transparenz verbunden, dass niemand mehr durchblicke. Das mache die Demokratie so anstrengend. Aber sie müsse auch anstrengend sein und Hürden beinhalten.

Zudem gebe es eine Vielzahl von Beauftragten und Beiräten. Das direkt gewählte Jugendparlament befinde sich schon in der dritten oder vierten Wahlperiode. Die Wahlbeteiligung habe bei 9 % gelegen, obwohl sie einen riesengroßen Aufwand betrieben hätten: An allen Schulen würden Wahlplakate ausgehängt, und die Kandidaten könnten sich über einen Film im Internet vorstellen. Genauso viel Aufwand habe man bei den Wahlen zum Seniorenbeirat betrieben, an denen sich immerhin mehr beteiligt hätten: 10,2 %. Außerdem hätten sie zum Beispiel einen Behindertenbeauftragten, einen Fahrradbeauftragten, einen Migrations- und Integrationsbeirat, den Beauftragten für Kriminalitätsprävention und den Naturschutzbeirat.

In Worms seien auch schon Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gegen öffentliche Projekte initiiert worden. Er sei ein scharfer Gegner der Herabsetzung der Zugangsquoten; denn die Demokratie sei sehr kompliziert, und die Belange, über die verhandelt werde, seien äußerst unterschiedlich, sodass Hürden eingezogen werden müssten und es einer Legitimation zum Mitmachen bedürfe. Ihn interessiere bei der Arbeit dieser Enquete-Kommission das Spannungsverhältnis zwischen der repräsentativen Demokratie und dem notwendigen Anspruch auf Partizipation und das Einführen von Elementen direkter Demokratie. Das sei ein Spannungsfeld, bei dem die zurückgehende Akzeptanz der Rechtsstaatlichkeit eine Rolle spiele, was immer auch mit der Langwierigkeit von Planungs- und Entscheidungsprozessen verbunden sei. Es gebe also auf der einen Seite die repräsentative Demokratie und auf der anderen Seite die Vielfalt von Interessen, die mit der Gesamtverantwortung der staatlichen Institutionen in Einklang zu bringen seien. Das komme gerade bei großen Infrastrukturprojekten zum Ausdruck.

Zu diesem Spannungsfeld gehöre auf der einen Seite die Gesamtverantwortung für die staatliche Entwicklung von sozialen Sicherungssystemen bis zu Infrastruktursystemen und auf der anderen Seite die Gefahr, dass bei Beteiligungsverfahren die Anliederdemokratie gegenüber der Gesamtverantwortung in den Vordergrund trete. Unter Anliederdemokratie verstehe er den berechtigten Teilhabe- und Mitspracheanspruch der Bürgerinnen und Bürger sowie die Sorge um die Finanzierbarkeit, die Sinnhaftigkeit und die ökologische Verträglichkeit von Projekten, aber auch eine Art von Beharrungsverhalten nach dem Motto „Ich bin versorgt, mir geht es gut, ich will keine Veränderung“ bis hin zur Vertretung von Lobby-, Klientel- und Partikularinteressen. Die Spitze der negativen Form der Beteiligung stellten das Querulantenentum oder die Besserwisserei dar. Schlimmstenfalls träten missionarische Moralapostel auf, die sich zu allem und jedem äußerten und gegen alles und jedes seien.

Er bringe sich gern in diese Arbeit ein, weil er die Partizipation für außerordentlich wichtig erachte, wenn es darum gehe, die Demokratie am Leben zu erhalten. Sie benötigten für die Entscheidungen, die sie für die Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger trafen, Rückhalt und Akzeptanz. Die sinkenden Wahlbeteiligungen machten deutlich, dass die Akzeptanz zunehmend verloren gehe. Umso wichtiger sei es, diese Distanz wieder zu verringern und Vertrauen aufzubauen. Das funktioniere nur über Information, Transparenz, Dialogfähigkeit und Kommunikation. Aber es müssten die Grenzen eingehalten. Das heißt, es müsse darauf geachtet werden, dass die demokratischen Grundprinzipien nicht verletzt würden. Er hoffe, dass sie gemeinsam gute Wege und Instrumentarien fänden.

Herr Abg. Haller stellt fest, dass die Sachverständigen ein sehr breites Spektrum abdeckten, was für die Arbeit der Enquete-Kommission eine hervorragende Ausgangsposition sei. Er sei fasziniert davon gewesen, dass sie in Vorbereitung der Enquete-Kommission sehr schnell fraktionsübergreifend einen Einsetzungsbeschluss formuliert hätten, der sehr umfangreich sei und konkrete Fragen aufwerfe. Sie alle hätten sehr schnell festgestellt, sie hätten einen großen Bedarf, sich Wissen anzueignen und Instrumente zu finden, zumal sie in ihren Wahlkreisen schon die verschiedensten Formen der Beteiligung kennengelernt hätten.

Ihn treibe die Sorge um, dass sie zwar Partizipationsmöglichkeiten schafften, sich am Ende aber keiner beteilige. Er erinnere daran, dass sich, obwohl die Piratenpartei zum ersten Mal in einem Landtag vertreten sei und laut Umfragen auch auf der Bundesebene gute Chancen habe, nur 3.000 Interessierte an der Enquete-Kommission „Internet und digitale Welt“ des Bundestags beteiligten, obwohl es da eigentlich um die Kernthesen dieser Klientel gehe.

Da stelle sich schon die Frage, inwieweit man durch die Instrumente die Beteiligung erhöhen könne, wie stark man die Beteiligung gestalten müsse und ob es wirklich nur darum gehe, die Quoren weiter abzusenken. Er vertrete die Auffassung, genau darum gehe es nicht; denn dann liefen sie Gefahr, dass solche Prozesse noch schwieriger zu gestalten seien. Unter der Gestaltung der Prozesse verstehe er auch, die richtigen Instrumente zu finden, über die man die Bürgerinnen und Bürger beteilige. Daher sollten sie das Schlagwort „Beteiligungsgerechtigkeit“ im Rahmen der Enquete-Kommission näher untersuchen.

Er freue sich zudem, dass sie die Arbeit der Enquete-Kommission „Verantwortung in der medialen Welt“ unter dem Stichwort „eDemocracy“ ein Stück weit fortführen könnten. Man müsse sich fragen, wie Beteiligungsformen über das Netz aussähen, was es dabei zu bedenken gebe, ob so etwas funktionieren könne und ob es irgendwo Beispiele dafür gebe. Er kenne sehr viele Beispiele, wo es nicht funktioniert habe. Sein Eindruck sei, schon im wirklichen Leben funktioniere das nicht richtig, und das Internet stelle dann, vielleicht weil es zu kompliziert sei, eine zusätzliche Schwelle dar. Er würde sich freuen, wenn sie eine Antwort auf diese Frage finden könnten.

Herr Abg. Lammert knüpft an die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Haller an. Die Vorstellungsrunde der Sachverständigen habe gezeigt, dass eine Vielzahl von Themen abgedeckt sei. Die Sachverständigen hätten viele Themen angesprochen, die bereits im Einsetzungsbeschluss thematisiert worden seien.

Er halte es für ganz wichtig, dass sie zunächst die Bürger im Hinblick auf die Transparente Enquete ansprächen, dann aber auch ihre Themen so abarbeiteten, dass ihnen ein großer Wurf gelinge. Damit stellten sie sicherlich einen hohen Anspruch an ihre Arbeit, aber es wäre alles andere als gut, wenn nur ein paar kleinere Ergebnisse dabei herauskämen und die Bürgerinnen und Bürger enttäuscht zurückblieben.

Über Bürgerbegehren und Bürgerentscheide werde sicherlich lebhaft diskutiert. Deshalb sei es gut, dass zu den Sachverständigen auch Praktiker gehörten, die das – wie auch sie selbst in ihrer Rolle als Kommunalpolitiker – bereits vor Ort erlebt hätten. Er habe vor Kurzem in einer kleinen Ortschaft ein Bürgerbegehren erlebt, bei dem es um den Bau einer neuen Turnhalle gegangen sei. Dem Bau der Turnhalle sei zwar zugestimmt worden, allerdings nur mit vier Stimmen Mehrheit, was zur Folge gehabt habe, dass die Einwohner in zwei Gruppen zerfallen seien, die einander gegenüberstünden. Niemand sei mehr so richtig glücklich mit diesem Projekt. Man müsse aufpassen, dass eine stärkere Beteiligung nicht am Ende zu einem Frust bei den Bürgerinnen und Bürgern führe und diese den Schluss daraus zögen, beim nächsten Mal nicht mehr mitzumachen.

Frau Abg. Spiegel findet es gut, dass es als gemeinsamen Nenner das Bedürfnis gebe, sich anzuschauen, wo man bei der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger noch Verbesserungen vornehmen könne. Ihr sei es wichtig, zum einen die Möglichkeit zu haben, zu diskutieren und Vorschläge auf den Prüfstand zu stellen, und zum anderen an die konkrete Arbeit zu gehen und sich zu überlegen, wie man durch die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen und anderer politischer Strukturen sowie durch eine andere politische Kultur wichtige Veränderungen herbeiführen könne.

Was die soziale Dimension betreffe, rege sie an, sich über die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund, von jungen Menschen, von Frauen und auch von Menschen, die aufgrund von Beeinträchtigungen Hemmnisse hätten, Gedanken zu machen. Eine der Aufgaben der Enquete-Kommission sei es, hier unterstützend tätig zu werden. Ein wichtiger Punkt hierbei könne die Verwendung einer einfachen Sprache sein; denn eine unverständliche Sprache stelle bei Beteiligungsverfahren oftmals eine hohe Hürde dar.

Angesprochen worden seien auch Parallelstrukturen zum Beispiel in Form eines Jugendgemeinderats. Es sei zwar ein guter Anfang, jungen Menschen einen Raum zu geben, um zu diskutieren und sich mit politischen Entscheidungen auseinanderzusetzen, aber dies dürfe nicht zur Spielwiese verkommen

**1. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 04.11.2011
– Öffentliche Sitzung –**

oder als Feigenblatt dienen. Sie sage dies aufgrund der Erfahrungen, die sie im Jahr 2005 als Jugenddelegierte für Deutschland bei den Vereinten Nationen gemacht habe. Wenn man junge Menschen in politische Prozesse einbeziehe, müsse das auch mit einer gewissen Ernsthaftigkeit erfolgen. Wenn man solche Strukturen schaffe, dürfe man sich nicht nur fragen, wen man einbinde, sondern es gehe auch darum, welche Instrumente man diesen Menschen an die Hand gebe.

Sie halte es für sehr bereichernd, dass sich die Enquete-Kommission aus Menschen mit den unterschiedlichsten Biografien und Erfahrungen zusammensetze. Daher glaube sie, dass sie gute Erkenntnisse gewinnen und gute Ergebnisse erzielen könne.

1. Sitzung der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ am 04.11.2011
– Öffentliche Sitzung –

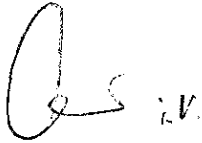
Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Enquete-Kommission kommt überein, die weiteren Termine für das zweite Halbjahr 2012 im Januar 2012 festzulegen.

Frau Vors. Abg. Schellhammer bittet, ihr konkrete Anregungen und Wünsche zu dem Konzept der Transparenten Enquete mitzuteilen. Sie werde sich in den nächsten Wochen mit der Verwaltung abstimmen, was die Möglichkeiten betreffe. Sobald die Ergebnisse vorlägen, lade sie zu einer Obleuterunde ein.

Damit danke sie den Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließe die Sitzung.



Protokollführer